

Gewittern

30 Pfennig

Berlin, 1. Dezember 1928

Inhalt:

Die politische
Woche / Das
Stahlhelm = Volks-
begehren / Eine Reichs-
tags = Rede / Flucht in
den nationalen Sozialis-
mus? (Georg Schröder) / Kron-
zeuge Wirth (Dr. Heinz Braun-
weiler) / Deutsch-französisches Kul-
turgespräch / Johanna von Orleans
im Film / Kameradschaftsehe / Gei-
stige Zwangswirtschaft / Immer noch Für-
stenhehe / Georg Büchner redivivus / Tschek-
chisch = französische Propaganda = Arbeit in
Oesterreich und Mitteleuropa / Briefwechsel

Im Schriftenvertrieb
des Ringes

Jahrgang 10
Nummer 48

Politische Woche

Stresemann spricht sich in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei für die Große Koalition im Reich und Preußen aus. — Reichskanzler Müller nimmt die Verhandlungen auf über die Bildung der Großen Koalition. — Das Landesarbeitsgericht zu Duisburg hebt den im ersten Verfahren zu Gunsten der Arbeitgeber gefällten Spruch auf; die Arbeitgeber legen beim Reichsarbeitsgericht Revision ein.



Die deutsche Regierung läßt in London und Paris Antwort-Memoranden zur Reparationsfrage überreichen, bei deren Erörterung die französische Presse den anscheinend unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt feststellt. — Die französische Regierung versucht, die Reparationskommission in die Revisionsverhandlungen dadurch einzuschalten, daß sie die Ernennung der Sachverständigen als Aufgabe dieser Kommission bezeichnet. — Die polnischen Rechtsparteien bringen im Sejm einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, Schritte zu unternehmen, um die Frage der Rheinlandräumung mit der Garantierung der deutsch-polnischen Grenze zu verknüpfen.



Die englische Regierung gibt zu, daß zwischen Großbritannien und Japan Vereinbarungen getroffen sind, um ein einheitliches Vorgehen der beiden Staaten gegen China zu sichern. — Der ungarische Außenminister trifft in Warschau ein, um den polnisch-ungarischen Schiedsgerichtsvertrag zu unterzeichnen. — Die seit Monaten unterbrochenen türkisch-griechischen Verhandlungen über die zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen werden in Angora wieder aufgenommen.



Masaryk nimmt das Rücktrittsgesuch des tschechischen Finanzministers Dr. Englisch an und ernennt Dr. Blasak zu seinem Nachfolger. — Der preussische Landwirtschaftsminister Steiger wendet sich gegen die Einfuhr lebenden Viehs aus Polen, die in dem deutsch-polnischen Handelsvertrag nicht zugestanden werden dürfe. — Die Deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags lehnt um der Erhaltung Preußens willen die Vorschläge des Lutherbundes ab.



Bei der Reichstagsausprache über den Reichswirtschaftsrat fordert Hergt das Zweikammersystem und die Befreiung des politischen Parlaments von wirtschaftlichen Einflüssen. — Die Reichsbahn droht mit einer neuen Tarif-erhöhung für den Fall, daß die geplante Arbeitszeit-Verkürzung durchgeführt wird. — Vom 1. bis 15. November ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 20% auf 805 000 gestiegen.

Das Stahlhelm-Volksbegehren

Gelegentlich des zehnten Gründungstages des Stahlhelms hat dessen erster Bundesführer den Gesetzesentwurf bekanntgegeben, der Gegenstand des von ihm angekündigten und betriebenen Volksbegehrens auf Aenderung der Weimarer Verfassung werden soll. Eine Ueberraschung bildet dieser Entwurf nicht, da schon vorher in Zeitartikeln und Reden die zwei Punkte genannt worden waren, die der Stahlhelm zunächst in Angriff nehmen wollte: Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten und Einschränkung der Immunität der Abgeordneten.

So sieht der Entwurf zunächst eine Streichung des Artikels 54 der Weimarer Verfassung vor, in dem die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag festgelegt ist. Durch die Streichung dieses Artikels würde dem Parlament die Handhabe des Mißtrauensvotums genommen und eine Verteilung der Zuständigkeiten (gesetzgebende und vollziehende Gewalt) erreicht werden, wie sie etwa vor dem Kriege in Deutschland bestand und wie sie heute in den Vereinigten Staaten besteht. Der Reichstag würde nicht mehr in der Lage sein, durch Kabinettskrisen — und mehr noch durch die Drohung ihrer Herbeiführung — jede zielbewußte Regierungstätigkeit zu lähmen und zu sabotieren. Die Zusammensetzung der Kabinette würde nicht mehr nach parteipolitischen Interessen unter dem Gesichtspunkt der jeweils zu bildenden Koalition erfolgen, sondern nach sachlich-politischen Rücksichten. Der künftig allein zur Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und damit des Kabinetts befugte Reichspräsident würde einen sehr viel stärkeren Einfluß auch auf die Lösung einzelner politischer Fragen erhalten, die zu beeinflussen er heute durch die Abhängigkeit der Regierung von der Parteienkonstellation im Reichstag im allgemeinen verhindert ist. Kurz: das Schwergewicht der Entscheidungen in der deutschen Politik würde aus der Mitte eines vielköpfigen Gremiums Unverantwortlicher auf die Schultern einer Persönlichkeit verlegt werden. Das ist gegenüber der bestehenden Soldatenratswirtschaft des Parlamentarismus in jedem Falle eine Besserung. Der Einwand, daß damit unter Umständen auch einem linkeingestellten Reichspräsidenten die Macht in die Hände gespielt werde, verfährt nicht. Denn, abgesehen davon, daß der Deutsche sehr rasch an Objektivität und Sachlichkeit gewinnt, sobald er, der Massenpsychose der Partei entronnen, verantwortlich und auf sich allein vor Aufgaben gestellt ist, scheint es uns immer noch besser, daß überhaupt regiert werde, als daß, wie das seit zehn Jahren geschieht, nur von Kompromiß zu Kompromiß fortgewurstelt wird.

Nun läßt sich selbstverständlich einwenden, daß diese Verbesserung eine Verbesserung eben des Weimarer Systems sei, und daher nicht Aufgabe eines nationalen Kampfbundes

gegen dieses System sein dürfe. Dieser Einwand wird noch verstärkt durch den zweiten Punkt des Stahlhelm-Vollsbegehrens, die Aufhebung der Immunität bei Landesverrat und gemeinen Verbrechen. Denn der Versuch der moralischen und nationalen Veredelung der regierenden Parlamentarier arbeitet dem Ziele ihrer Entthronung geradezu entgegen. Man darf aber wohl annehmen, daß der Stahlhelm diese Gegensätzlichkeit selber erkennt und daß er seine zweite Forderung lediglich aus taktischen Gründen der ersten, wichtigeren angehängt hat, um nämlich die zur Durchführung des Vollsbegehrens nötigen propagandistischen — oder wenn man will: demagogischen — Handhaben zu gewinnen. In diesem Sinne kann man einer solchen Maßnahme zustimmen, ohne freilich damit schon den Einwand aufzugeben, es handle sich im ganzen lediglich um eine Verbesserung des herrschenden Systems. Da dieser Einwand gerade von unseren Freunden vielfach erhoben wird, muß vielleicht einmal folgendes gesagt werden:

Wer den gegenwärtigen Staatsaufbau nicht nur theoretisch in Zeitartikeln und Broschüren sondern auch praktisch ändern will, der muß auch einen gangbaren Weg zu diesem Ziele finden. Daß ein Putz aussichtslos ist, weiß jede Zeitungsfrau. Daß vom Parlament nichts, aber auch nicht das Geringste zu erwarten ist, hat sich gleichfalls herumgesprochen. Bleibt der Appell ans Volk, das für umwälzende Neugestaltungspläne schon deshalb nicht zu haben sein kann, weil es sie einfach nicht verstehen würde. So kann eine solche Vollsbefragung nur ein Umweg sein, auf dem man aus der Front des Weimarer Verfassungsaufbaues eine demagogisch zu berechnende Position herausbricht, von der aus sich dann mit weniger demokratischen Mitteln weiterarbeiten läßt. Und das scheint uns der Sinn der Stahlhelm-Aktion zu sein. Der Schrei nach dem starken Mann, das Pläneschmieden um den Artikel 48, die in den vergangenen Jahren viele Köpfe der nationalen Bewegung beschäftigt haben, gingen, auch wenn sie zu falschen Ergebnissen kamen, von der richtigen Erkenntnis aus, daß in Anbetracht der deutschen Verhältnisse die Lösung der Verfassungsfragen nur von einer Stelle aus möglich sei, die befehlen könne. Diese eine Stelle ist der Reichspräsident bzw. der Kanzler seines Vertrauens, unter der Voraussetzung der Zurückdrängung des parlamentarischen Übergewichtes. Das Stahlhelm-Vollsbegehren würde also im Falle seiner Annahme eine Ausgangsstellung schaffen, von der aus mit Aussicht auf Erfolg dann weiter vorgestoßen werden könnte, sobald diese Ausgangsstellung von einem Mann besetzt ist, der dazu bereit und fähig ist. Ob das gelingen wird, ist eine Frage für später. Die Aufgabe für heute ist, die Möglichkeit dazu zunächst überhaupt einmal zu schaffen. Das unbezweifelbare Risiko dieses Versuchs darf mit Recht jedenfalls nur der ablehnen, der einen besseren Weg zur praktischen Verwirklichung unseres Staatswollens weiß. Und den sollte er uns dann wenigstens ins Ohr flüsteren. W. K.

Eine Reichstags-Rede

Reden im Reichstag sind dazu da, daß sie gehört werden. Wenn der Reichstag überhaupt seinen Zweck erfüllen soll, so sollen die im Reichstag, dieser Tribüne der Nation, gehaltenen Reden der allgemeinen Stimmung des Volkes und der Nation öffentlichen, weithinreichenden Ausdruck geben. Jede Politik muß mit irrationalen Faktoren rechnen. Dazu gehören die stimmungsmäßigen Momente, die durch die öffentliche Aussprache im Reichstag beeinflusst werden sollen, sei es, daß sie überhaupt erst zum Ausdruck kommen, weil ihnen sonst der öffentliche Ausdruck fehlt, sei es, daß Einfluß auf die Stimmung draußen genommen wird. Man sagt vielleicht allzu billig, das Parlament unterliegt der Massenpsychose. In gewissem Sinne sollte man sagen, der Reichstag soll der Massenpsychose Rechnung tragen. Darin liegt eine Aufgabe, aber auch die Begrenzung des politischen Parlaments. Wir stellen erneut fest, daß unser Reichstag offenbar für beides, Aufgabe und Begrenzung, kein entsprechendes Verständnis besitzt.

Im Reichstag hat jetzt der deutschnationale Abgeordnete Hergt eine große grundsätzliche Rede gehalten, die, soweit wir die Tagespresse beachten, nur ganz geringe Resonanz gefunden hat. Und was wir der Presse entnehmen, ist auch inhaltlich so dürftig, daß man bei genauerer Untersuchung des Falles, bei Einsichtnahme in den Wortlaut der Rede, eigentlich ganz verständnislos der Tatsache gegenübersteht, daß eine solche Rede als grundsätzliche Rede der D. N. B. P. nicht ganz anders verbreitet worden ist. Daran müßte doch der Redner eben solches Interesse haben wie die Partei, wie eigentlich auch die anderen Parteien. Aber es scheint fast, daß die parlamentarische Rede sich zu einer mechanischen Übung entwickelt hat, die ebensogut durch Lautsprecher von einer Redaktionsstube aus geleistet werden könnte.

Es handelt sich bei dieser Rede um das Thema Reichswirtschaftsrat als Verfassungsfrage. Sie wurde anläßlich einer Gesetzesvorlage gehalten, die den vorläufigen Reichswirtschaftsrat in die endgültige Form überführen soll. Nun ist diese Rede des Parteimannes Hergt, des früheren Führers der Partei, der außerdem das Amt eines Reichsjustizministers bekleidet hat, derart grundsätzlicher Natur, daß man die Tatsache des Verhaltens dieser Rede im Verlauf des parlamentarischen Betriebes umsomehr bedauern muß, als sein Gegenredner Dr. Hermes sich

so nachdrücklich für die Erhaltung des Reichswirtschaftsrates in der bisherigen Form einsetzte und damit das erreicht hat, was die Hergt'sche Rede gerade verhindern wollte, daß nämlich auf lange Zeit hinaus der Reichswirtschaftsrat als Verfassungsfrage nicht mehr zur Debatte gestellt werden kann, auch wenn der Druck aus der Wirtschaft, aus den unbestreitbaren Unzulänglichkeiten des Reichswirtschaftsrats heraus, diese Frage sachlich wieder akut werden ließe. Es ist das eben ein sich immer wiederholendes Trauerspiel, daß sachliche Fragen im Reichstag nicht sachlich geklärt werden können. Und darum haben sich auch der Abgeordnete Hergt sowohl wie seine Partei gründlichst getäuscht mit der Vorstellung, daß durch den Vorschlag eines Reichsausschusses von 28 Parlamentariern und die öffentliche Diskussion darüber eine wichtige Lebensfrage unseres Volkes irgendwie gefördert werden könne. Es fehlt eben nicht nur an dem lebendigen Verständnis für die Lebensfragen unseres Volkes, es fehlt — man muß es ruhig sagen — einfach an der Willigkeit der Parlamentarier selbst, den Reichstag heute anders anzusehen und zu benutzen, denn als Rangierbahnhof für ihre verschiedenen Interessen.

Hergt hat in seiner Rede von der Krisis des Parlamentarismus gesprochen, hat sich dabei in gewissem Sinne der Kritik eines Gegners des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth zu eigen gemacht, hat Worte gefunden gegen den Interessenscharakter des Parlaments zugunsten eines politischen Parlaments. Auch Hergt ist bei dieser Gelegenheit positiv für eine Kontrolle der Öffentlichkeit durch das Parlament eingetreten, was in gewissem Sinne kontrastiert mit dem sonst von seinem jetzigen Parteiführer vertretenen Standpunkt der Ausschaltung des Parlaments überhaupt. Vor allem hat Hergt offen zum Ausdruck gebracht, daß der Reichstag ein Gefühl des Schuldbewußtseins haben müsse, daß man nicht mehr an jenen Kreisen weiter vorübergehen dürfe, die von der Verfassung, insbesondere auch der des Reichswirtschaftsrats ausgeschlossen sind, zum Beispiel kulturpolitische Kräfte, wie sie in Stadt und Land, in den Stadt- und Landgemeinden, — den Beamtenengenossenschaften, den Vertretern der freien Berufe und der Konsumenten zusammengefaßt sind. — Auch die Frage des Reichsrats hat Hergt einbezogen, um die Tradition der Bundesstaaten irgendwie in einer dem Reichstage nebengeordneten zweiten Kammer zu berücksichtigen. Hergt ist auch soweit gegangen, daß er sich auf außerparlamentarische Kräfte und Bewegungen bezogen hat, auf den Stahlhelm und auf den Jungdeutschen Orden. — Die ganze Krisis der

Verfassungsreform ist von Hergt aufgenommen worden. Er spricht von einer allgemeinen Verfassungsbewegung in unserem Vaterlande und erklärt, daß das geltende System vollständig jedes Vertrauen im deutschen Volke verloren habe.

Es ist so viel Positives in dieser Rede auch für die außerparlamentarische Bewegung, daß wir, wie schon gesagt, nur unserem Bedauern hier Ausdruck geben können, daß abgesehen von dem Mißerfolg der Ablehnung seines Antrages, die Reichstagsplattform als Vermittler einer weithinreichenden Megaphonwirkung glatt versagt hat.

Aber wir müssen doch andererseits auch unserm Bedauern Ausdruck geben, wie auch diese Rede deutlich erkennen läßt, daß und wie weit Dr. Hergt selbst sich in parteipolitischer Enge befindet. Er spricht von einem Parlament der schaffenden Stände, er spricht von der Notwendigkeit einer organischen Verbindung zwischen zwei Parlamenten und glaubt im Zweikammersystem ein Gegengewicht gegenüber der Omnipotenz des Parlamentes zu bekommen. Er wendet sich gegen die Allmacht des Reichstags und er freut sich auch an den alten Erinnerungen, indem der Reichsrat noch in mancher Beziehung Traditionen aus der alten Bundesratszeit beibehalten habe. Er meint, daß die Behandlung eines großen zentralen Verfassungsproblems gereift sei.

Dazu fragen wir: glaubt denn Herr Hergt selber, daß sein Vorschlag einer derartigen Verfassungsreform, durch eine Zufalls-Gesetzesvorlage eingeleitet, durch einen Parlamentsauschuß einem von ihm selbst preisgegebenen System angehängt, irgend etwas bedeute, oder daß durch ihn praktisch überhaupt etwas erreicht werden kann? Glaubte der Abgeordnete Hergt noch, mit alleiniger Hilfe des Reichstags auch nur einen Ansatz dafür zu erreichen? Glaubte der Abgeordnete Hergt, daß ohne eine ganz konsequente und sehr eingehende sachliche und politische Vorbereitung, die natürlich auch der Auflockerung des gesamten Volkes dienen muß, wie sie jetzt der Stahlhelm auf seine Art eingeleitet hat, die sich dann aber auch auf die Führer der Wirtschaft erstrecken muß, deren organisatorische Vertretung dauernd aus der Reihe tanzt und den hoffnungslosen Versuch immer wieder erneuert, durch Benutzung eines falschen Systems und durch weiteren Mißbrauch des Staates, für die Wirtschaft noch etwas herauszuholen; glaubt er, daß ohne eine solche Vorarbeit eine Verfassungsreform möglich ist? Wir fragen den Abgeordneten Hergt, was er dazu meint. — Wenn man aber dann weiter an eine Volksbewegung appelliert, muß man doch zum mindesten auch den Versuch machen, zu den

Führern dieser Volksbewegung irgendwie Verbindung über die Partei hinaus zu bekommen. Wir möchten doch unseren Freunden im Parlament, ob sie nun bei den Deutschnationalen sitzen oder anderswo, empfehlen, sich endlich einmal über die Grenzen ihrer eigenen Möglichkeiten ebenso klar zu werden, wie über die Notwendigkeit, ihre oppositionellen Forderungen auf eine sehr viel weiterreichende Resonanzwirkung im Lande abzustimmen, die auch die Kräfte draußen, außerhalb des Parlaments, zur politischen Verantwortung beruft. Ob der Anfang dazu über einen zunächst von den Vertretern des Systems noch nicht ernst zu nehmenden autonomen Ausschuß gehen wird, oder ob man mit einer looserer Fühlungnahme vorerst arbeiten muß, bis eine akute Situation den eigentlichen Reifezustand auch für die Verfassungsfrage herbeiführt, bleibe dahingestellt. Solange aber nicht einmal diese Verbindung gesichert ist, wird sich die gleiche Tragikomödie immer wiederholen, daß auch die ihrer Besinnung nach vorzüglichste Reichstagsrede, im Reichstag gehalten, nur eine Parlamentsrede bleibt.

Flucht in den nationalen Sozialismus?

Georg Schröder

Furcht lastet auf den jungen Nationalisten: die Furcht vor der Erstarrung der politischen Fronten, vor der Dauer des jetzigen Zustandes, die Furcht vor ihrer eigenen Ohnmacht. Das lähmende Gefühl, daß die Möglichkeiten für die Machtergreifung ungenützt geblieben sind, ohne daß in absehbarer Zeit neue erwartet werden können, setzt sich in eine Radikalisierung der Idee um, weil man nur so die Dinge zu meistern hofft. Weil man so zu Fortschritten, Bewegung, Taten, zu der nationalen Revolution zu kommen glaubt.

Verbunden durch Geburt und Lebensform mit dem Bürgertum, kämpft die nationalistische Jugend, deren Zahl gering ist und es immer sein wird, mit ihm in gemeinsamer Front gegen den Staat von Weimar, für den Nationalismus. Dieser Kampf hat keine Frucht getragen. Darf man sie noch erwarten? Finden sich nicht große Teile des Bürgertums mit diesem Staat ab? Werbergen sich hinter den oppositionellen Worten der anderen nicht doch nur Wirtschaftsinteressen? Man fragt, man ist skeptisch geworden in der nationalistischen Jugend, doppelt skeptisch gegen die

Deutschnationale Partei, von deren Führung man ausgeschlossen ist und zu deren Führern man kein Vertrauen mehr hat — weder zu ihrer Person, noch zu ihrer Taktik, der jede Klarheit, die die Jugend fordert, fehlt. Aus den Parteien ausgeschaltet, sucht der Aktivismus der jungen Führer sich in der Bewegung auszuwirken. Der alte Weg hat nicht zum Ziel geführt. Man ruft nach einer neuen Parole, sucht einen neuen Weg und glaubt beides gefunden zu haben: der Nationalismus muß die Arbeiterschaft gewinnen!

Es ist undankbar, der Bedächtigkeit das Wort zu reden, Bedenken geltend zu machen. Doppelt undankbar, wenn das Gefühl bei denen ist, vor deren Wollen der Verstand warnt. Aber die Warnung ist nötig! Denn wir sehen heute, wie unter der nationalistischen Jugend eine Romantisierung der Arbeiterschaft und des Bauerntums vorgenommen wird; wir beobachten auch, wie man aus Verkennung des Tatsächlichen heraus, dem Sozialismus das Wort redet, weil nur so die Arbeiterschaft gewonnen und dann ein nationaler Staat errichtet werden könne. Das Wort vom „Staat der Arbeiter, Bauern und Soldaten“ wird Mode. Eine taktische gedachte Drohung gegen die Rechtsparteien ist auf dem Wege, zum Glaubensbekenntnis erhoben zu werden. Das neue Evangelium soll nach dem Willen derer, die es predigen, die Front verbreitern und vertiefen, soll zum Erfolg führen. Es wird sie in Wahrheit spalten und somit noch kampfunfähiger und einflußloser machen. Wir befürchten, daß wertvolle Kräfte, Kräfte, die wir nicht missen wollen und können, sich in eine Sackgasse verrennen, daß sie morgen isoliert sein werden: durch eigenen Willen getrennt von dem Großteil des nationalen Deutschland und trotz aller Bemühungen ohne Anhang in der Arbeiterschaft.

Wir teilen die Ablehnung, die der Schriftleiter des „Deutschen Volkstums“, Günther, gegen das Idealbild, das nationalistische Kreise sich vielfach von der Arbeiterschaft machen, kürzlich zum Ausdruck gebracht hat. Man spricht heute viel von „jungen“ Völkern, die man „alten“ gegenüberstellt. Man redet auch von jungen Volksschichten. Und als solche nennt man die Arbeiterschaft. Es gibt Theoretiker dieser Lehre, die schon eine Schicht oder Nation, die ihre Form gefunden hat, mitleidig und überheblich ablehnen, weil sie in ihr das Zeichen des Alters sehen und die nur das noch Ungeformte preisen, weil es jung sei. Ob sie nie bedacht haben, daß man wohl jungen Menschen die Formlosigkeit nachsieht, aber trotzdem weiß, daß viele von ihnen nie geformt sein werden? Wir sehen heute, daß die Form der großen Kultur-

völker von der Oberschicht bestimmt wird — Rußland kann man nicht als Gegenbeweis nennen —, wo aber zeigt die Arbeiterschaft auch nur Ansätze zu einem eigenen Lebensstil? In Deutschland sicherlich nicht, und nur um Deutschland hat es hier allein zu gehen. Man geißelt mit Recht die Zersetzung des Bürgertums wie des Adels, die in dem Verfall der Form ihren Ausdruck findet. Dort aber ist noch eine Form, wenn auch im Verfall, und in den wertvollen Kräften ist noch ein Formgefühl, das gestaltend und anziehend ist auf die Aufsteigenden aus der Arbeiterschaft — auch heute noch! Will man das zerschlagen, Bürgertum und Adel abschreiben, nur weil man hofft, so schneller zur Formung der deutschen Nation und des deutschen Staates zu kommen? Oder will man das Naheliegende ergreifen, dem oft verkündeten Aristokratismus sich nicht abwendend, selber mitbildend an der deutschen Oberschicht sein, die allerdings — und das gehört zum Wesen der Oberschicht — nicht in der Metorte gebräut oder im Treibhaus über Nacht gezüchtet werden kann, sondern die, vom Blut entschieden bestimmt und vom Willen nur beeinflusst, wächst.

Wir sind skeptisch über die Möglichkeiten, die sich dem deutschen Nationalismus in der Arbeiterschaft bieten. Bei dieser Frage sollten jene, deren revolutionäres Temperament zu Taten drängt und die daher den nationalen Sozialismus befürworten, über einem Wunschbild nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen. Sie sollten eingedenk sein des Wesens des Nationalismus, das Hingabe und Opfer für eine irrationale Welt ist, und dem daher nur eine Minderheit anhängen kann in einer Zeit, wo der Bauch zum Gößen erhoben ist. Sie sollten weiterhin nicht die Ereignisse der letzten 14 Jahre verkennen, die zeigten, daß die Arbeiterschaft wohl von dem nationalen Willen bei außenpolitischen Bedrohungen mitgerissen wird, daß sie aber größtenteils ihren Staat in einem demokratisch=parlamentarischen oder einem kommunistischen Gebilde verkörpert sieht. Sie hat die Macht dank ihrer Zahl im heutigen Staat. Glaubt man, daß sie einen kämpferischen Nationalismus, der Hingabe verlangt, anhängen wird, wenn man sich sozialistisch gebärdet, von Verstaatlichung redet, den Rechtsstandpunkt auf wirtschaftlichem Gebiet preisgibt? Wer ein Disraeli sein will, der hätte in Deutschland vor 60 Jahren handeln müssen. Heute wird der Verkünder des nationalen Sozialismus von der Mehrzahl der Arbeiter nur als ein Rattenfänger von Hameln empfunden, wenn er dem Bürgertum, der Intelligenz angehört. Ist es nötig, zum Beweis auf die National=sozialistische

Arbeiterpartei hinzuweisen, deren Erfolge uns darin zu liegen scheinen, daß sie Nationalisten zum Sozialismus bekehrt und die unter der Arbeiterschaft keinen nennenswerten Anhang gewonnen hat? Ist es auch nötig, noch die gescheiterten Versuche der Altsozialisten um Winnig zu erwähnen, Versuche, die von Arbeiterführern unternommen wurden und daher mit Recht positiv gewertet werden müssen?

Das Wesen des Bauerntums wird anscheinend von jenen, die auf Arbeiter und Bauern ihre Hoffnung setzen, sie als Träger der kommenden nationalen Revolution betrachten, nicht minder als das der Arbeiterschaft verkannt. Bauernrevolten sind denkbar, eine Bauernrevolution nicht! Man sollte sich von den Führern des Landbundes über die Schwierigkeiten auch nur einer straffen Organisation der Bauern berichten lassen, ganz von denen zu schweigen, die einer Politisierung und Aktivierung entgegenstehen. Die ihr immer entgegenstehen werden! Denn das Wesen des Bauerntums ist passiv bestimmt.

Diese hier gemachten Einwände gegen den nationalen Sozialismus sind entscheidend, weil sie die Hoffnung, um derentwillen Nationalisten sozialistische Politik betreiben wollen, als trügerisch kennzeichnen. Trotzdem ist es nötig, sich mit dem als Rettung angepriesenen Staatssozialismus auseinanderzusetzen, dem — sind sich die nationalen Sozialisten dessen bewußt? — gerade entschieden von der Bauernschaft widersprochen wird. Nach dem Vorhergesagten bedarf es keiner politischen Kritik mehr an dem Staatssozialismus, sondern vor allem einer wirtschaftlichen; wenn es auch den Nationalisten nicht unwesentlich sein sollte, daß durch die Verstaatlichung die Zahl der unselbständigen, der verbeamteten Deutschen weiter wachsen wird, daß die Möglichkeiten zur Selbständigkeit, der Entwicklung eigener Initiative schwinden werden. Unwesentlich darf ihnen diese Tatsache nicht sein, weil sie eine Schwächung jener Eigenschaft bedeutet, die das Wesen des Nationalismus ausmachen: des Kampfwillens! Beabsichtigt man mit Menschen, deren Streben nach Versorgung, nach der hundertprozentigen Sicherheit geht, den nationalen Staat, das freie Deutschland zu erkämpfen?

Wenn man sich mit den nationalen Sozialisten auseinanderzusetzen hat, dann bedarf es — leider! — der Erwähnung einiger Selbstverständlichkeiten, die anscheinend vergessen sind. Wir meinen diese, daß es Aufgabe der Wirtschaft ist zu produzieren, und jene, daß die breite Masse unseres Volkes möglichst gut leben will. Primitiv sind diese Feststellungen? Sicherlich,

aber dadurch nicht unwichtiger. Denn der Staatssozialismus vermindert die Produktion, er vermindert so auch die Lebensmöglichkeiten für das deutsche Volk. Die rationellste Organisation der deutschen Wirtschaft ist in den letzten Jahren schon des öfteren an Schreibtischen ausgedacht. Verwirklicht sind solche Pläne gottlob noch nicht, auch von den Sozialisten im November 1918 nicht, die wohl wußten, warum sie die Verstaatlichung der Produktionsgüter lieber eine Zierde ihres Programms sein ließen und sie nicht in die Tat umsetzten. Doch das Beispiel Rußlands, verführt es dazu die wirtschaftliche Isolierung durchzuführen? Im Osten haben die Bolschewisten die wirtschaftliche Organisation des Zarenreiches zertrümmert und damit eine wirtschaftliche Katastrophe ausgelöst. Wollen die nationalen Sozialisten Deutschland einer Katastrophe entgegenführen, die noch größer als die russische sein muß?

Es ist hier nicht der Platz über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kapitals zu sprechen, noch über die Verpflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft, die nur zerschritten werden kann, falls man eine Wirtschaftskatastrophe mit in Kauf nimmt. Ebenso müssen wir uns mit dem Hinweis auf das von Bismarck geprägte Wort begnügen, mit *bon-prince*-Gefühlen sei die soziale Frage nicht zu lösen. Aber eins sei betont: nur rentable Produktionserhöhung kann zu einer Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen führen. Und nicht Beseitigung des Eigentums, sondern Schaffung der Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, ist die Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik.

Wir glauben nicht, daß die Arbeiterschaft für einen kämpferischen Nationalismus zu gewinnen ist. Wir lehnen den Staatssozialismus ab, da er die Produktion vermindert und das Eigentum zerstört, jenen Staatssozialismus, dessen Verstärkung zu fordern, in nationalistischen Kreisen anfängt Mode zu werden. Wenn wir die „Flucht in den nationalen Sozialismus“ als einen Irrweg bezeichnen, bleibt dann dem Nationalismus nur ein resigniertes Sichabfinden mit der Gegenwart? Wir wissen das Gegenteil, wir wissen, daß der Kampf gegen den Staat von Weimar nicht nur weitergeführt, sondern, erfolgreich ausgefochten werden muß und kann. Allerdings jene, die die nationale Revolution heute oder morgen, zumindest jedoch in naher Zeit wollen, werden enttäuscht sein. Denn die Zeit der schnellen Entscheidung, der revolutionären Taten ist seit 1924 vorläufig abgeschlossen — nicht durch unseren Willen, sondern durch die wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Konsolidierung des Systems. Verkennet die nationale Jugend diese unbequeme Tatsache, trägt

sie ihr nicht Rechnung, dann muß sie an ihrer falschen Einstellung und der dadurch bedingten Erfolglosigkeit Schiffbruch erleiden. Was heute not tut, ist zähe Kleinarbeit, ist ein gemeinsamer Angriff der nationalen Front gegen die liberal-demokratische Kulturpolitik, der die Forderung einer kulturellen Selbstverwaltung gegenübergestellt werden muß. Hier ist der Ansatzpunkt für den Kampf gegen das Weimarer System und für das kommende Reich, das nicht westlerisch absolutistisch sein kann. „Ich glaube, man soll in den germanischen Staaten nicht fragen, was kann, sondern was muß gemeinsam sein, und dasjenige was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der besonderen Entwicklung überlassen! Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt“, äußerte Bismarck 1869. Gemeinsam, das heißt alleiniges Gebiet des Staates, müssen die aus seinem Hoheitscharakter herrührenden Aufgaben sein: Außenpolitik, Heer und Justiz, die von nationalverantwortlichen, nicht vom Massenwillen abhängigen Führern betreut werden. Schule und Kirche, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind dagegen nicht Aufgabengebiete des Staates, der nur falls sein Bestand durch Unterlassung oder Handlungen bedroht wird, eingreift, sondern der Korporationen, der gesellschaftlichen Gruppenbildungen, auf denen sich das nationale deutsche Reich, um das wir kämpfen, aufbauen wird.

Kronzeuge Wirth

Heinz Brauweiler

Der Streit um den Panzerkreuzer A hat einen Zustand des parlamentarischen Systems in Deutschland enthüllt, der so schaurig-erbärmlich aussieht, daß seine unverzagtesten Lobredner mit den alten Entschuldigungen nicht mehr aufzutreten wagen. Härtere Tadelsworte hat kaum ein Rechtsultra je ausgesprochen, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Leitartikel vom 15. November: „Es muß einmal von außen her den Herren in Berlin, den Herren aller Parteien gesagt werden, daß dem Volke, politisch Gebildeten wie bloß gefühlsmäßig Reagierenden, das ganze Kulissengetriebe, das einer solchen Entscheidung vorausgeht, unverständlich und widerlich ist. So wird das Ansehen des Parlamentarismus, das ohnehin vielen schon allzu zweifelhaft wurde, noch weiter erschüttert. So wie in den letzten Tagen in Berlin wieder agiert worden ist, untergräbt man allmählich unser ganzes politisches System.“

Im Reichstag selbst gibt es keinen fanatischeren und gläubigeren Freund des parlamentarischen Systems als den früheren Reichskanzler und ewigen Ministerkandidaten, den Zentrumsabgeordneten Dr. Joseph Wirth. Darum war es richtig, daß gerade es in der Reichstagsitzung vom 16. November mit der Aufgabe, die Stellungnahme seiner Fraktion zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues zu vertreten, zugleich die schwierigeren Aufgabe übernehmen mußte, das parlamentarische System — trotzdem! — zu verteidigen. Gerade er — der daran erinnern mußte, daß vor zwei Monaten derselbe Beratungsraum der Tagung der Interparlamentarischen Konferenz zur Verfügung gestellt war, daß deren wichtigster Verhandlungsgegenstand die Krisis des parlamentarischen Systems gewesen war, daß er selbst zu diesem wichtigsten Verhandlungsthema den Bericht geliefert hatte. Mit einer wohlthuenden Ehrlichkeit bekannte Joseph Wirth, daß ihm der Tag dieser Panzerkreuzerdebatte „ein Tag bitterster Erfahrung“ gewesen sei, daß es zwar nicht der erste Tag war, „wo wir die schleichende Krisis des deutschen Parlamentarismus mit Händen greifen konnten“, daß aber jetzt das Schicksal des deutschen Parlamentarismus auf dem Spiel stehe.

Die Verweisung auf die Septembertagung der Interparlamentarischen Konferenz enthält die Aufforderung, das damals erstattete Referat des Herrn Reichskanzlers a. D. (diese undemokratische Titulatur wird augenscheinlich von seinen Freunden bevorzugt) Dr. Joseph Wirth nachzulesen. „In der Erwägung, daß...“ — diese schlechte Anwendung französischen Sprachgebrauchs geht auf Rechnung des Herrn Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth —, werden betont: 1. Erfordernis einer größeren Stabilität von Regierung und Parlament, 2. Sicherung der Unabhängigkeit des Parlaments und der Regierung von den großen Wirtschaftsorganisationen, die nur zu oft auf die Entscheidungen der Regierungen und Parlamente hinwirken, 3. reichere Ausstattung der parlamentarischen Einrichtungen mit sachlichen Unterlagen, 4. Notwendigkeit der Mitwirkung einer ihrer Aufgaben bewußten und aufgeklärten Volksmeinung, 5. Notwendigkeit der Entlastung des Parlaments durch Uebertragung gewisser Befugnisse an andere Instanzen, 6. technische Verbesserung des parlamentarischen Verfahrens. Was insbesondere die Notwendigkeit betrifft, eine einheitliche und stabile Regierungsmehrheit zu gewinnen, so bejaht Joseph Wirth die Frage, ob es eine allgemein gültige Methode gebe, solche Mehrheiten in politisch-natürlicher Weise herbei-

zuführen und damit ein Höchstmaß von Stabilität wenigstens für einen festgesetzten Zeitraum zu erhalten, und zwar will er diese Mehrheitsbildung bereits durch ein geeignetes Wahlrecht in der Wählerschaft selbst herbeiführen, nach dem Vorbilde etwa des englischen Wahlverfahrens der Einzelwahlkreise und der Erwählung durch die relative Mehrheit.

Es mag dahingestellt bleiben, ob dieses englische Wahlverfahren bei uns den gleichen Erfolg haben könnte, in jedem Falle eine „homogene Regierungsmehrheit“ zu bilden. Es mag weiter dahingestellt bleiben, ob in England selbst auf die Dauer dieses Wahlverfahren sich als möglich und politisch zweckmäßig erweisen wird. Wichtiger ist die Frage, ob es überhaupt genügen kann, „Mehrheiten in politisch-natürlicher Weise herbeizuführen“. Offensichtlich wird hier unterstellt, daß „in politisch-natürlicher Weise“ gebildete Mehrheiten „regierungsfähig“ sein würden. Vielleicht ist es umgekehrt richtig, daß „regierungsfähige“ Mehrheiten als „in politisch-natürlicher Weise gebildet“ anzuerkennen sein würden. Sodasß also das Primäre der Beweis der Regierungsfähigkeit wäre und erst nach diesem Beweis die Beglaubigung wirksam würde, das Bildungsrezept sei richtig gewählt und angewandt. Es würde nicht allzu schwer werden nachzuweisen, daß die englische Verfassungsentwicklung durch die Erfordernisse der Regierungsbildung bestimmt worden ist und daß erst nachher das dafür taugliche Wahlrecht und Wahlverfahren die Anerkennung als „politisch-natürlich“ gefunden hat.

Es ist die Schwäche der deutschen Demokratie und des deutschen Parlamentarismus, daß sie nicht groß geworden sind aus einem Wahlbewußtsein und aus einem Verantwortungsgefühl für die Ehre der Nation und die politische Geltung des die Nation tragenden Staates, sondern daß sie zu Einfluß gelangt sind durch die Ausnutzung von Schwäche und Niederlage. Das Regierungssystem, welches aus dieser Herkunft sein Gepräge erhielt, konnte keine Elemente der Stärke in sich aufnehmen. Wenn man dies erkennt und zugibt, gibt man den Willen frei für eine Aenderung des Systems, dessen Zeitpunkt man frei bestimmen mag. Das Schlimmste aber ist, die vergängliche Bedeutung des nun mal bestehenden Systems absolut machen zu wollen. Nicht, daß Joseph Wirth und seine Freunde Freunde des parlamentarischen Systems als einer Verwirklichung der Demokratie sind, verargen wir ihnen — die Geschichte hat Beweise, daß dieses Regierungssystem auch ein nationales Herrschaftssystem sein kann. Wir verargen ihnen, daß sie dieses System verteidigen, obwohl sie

erkennen müßten, daß es ein Ohnmachtssystem für unser Volk geworden ist. Und wir können es ihnen nicht verzeihen, daß sie für die Verteidigung dieses Systems eine Psychologie erfunden — oder übernommen haben, die falsch ist. Es ist so, daß Nationen, die eine starke Regierung wollen, weil sie wissen, daß sie notwendig ist, auch mit den Formen des Wahlrechts und des Wahlverfahrens, des Parteiwesens und des Parlamentarismus sich so abfinden, weil sie wissen, daß für die Nation und den Staat keine Schade geschehen kann. Es ist aber auch so, daß der Wille zum Staate, seiner Größe und Ehre, und der Wille zur Anerkennung der diesen Willen verkörpernden Regierung vorhanden sein müssen, ehe an Demokratie und Parlamentarismus gedacht wird, und daß, wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, die Grundsätze der Demokratie und des Parlamentarismus zu tödlichem Gift werden. Die deutsche Meinung, aus einer seltsamen Mischung von Idealismus und Ressentiment geboren, daß zuerst Demokratie und Parlamentarismus verwirklicht sein müßten, damit Staatsgefühl und Verantwortungsbewußtsein für Nation und Staat entstehe, ist einer der folgenschwersten Irrtümer unserer an Irrtümern so reichen Geschichte.

Die letzten Begebenheiten im Reichstag sind der beste — leider vollgültige Beweis für die Richtigkeit der hier vertretenen Anschauung. Eine Verfassungsordnung ist trügerisch und nutzlos, wenn nicht — vor ihr oder in ihr — die Kraft und Stabilität der Regierung gesichert ist.

Deutsch-französisches Kulturgegespräch

In der „Revue d'Allemagne“ wird von einem gewissen Lafue einmal wieder das Problem der deutschen Kultur ausgeworfen. Sein Artikel, der den Titel trägt „A la recherche de l'Allemagne“, hat entsprechend mindestens den Vorzug, daß es Deutschland nicht als eine offen daliegende Selbstverständlichkeit, wie es sonst in Frankreich geschieht, sondern als ein Problem behandelt. Der Verfasser gibt denn auch in seiner Einleitung einige widersprüchliche Ansichten vom deutschen Geiste wieder, an welchen manches Richtige ist, wenn auch hier wie später kein wesentliches Begreifen deutschen Wesens zum Ausdruck kommt. Der Verfasser habe, so berichtet er, in dem Dilemma, welche dieser Perspektiven die authentische sei, einen Baron von Ex. getroffen, einen Intellektuellen von verfeinerten künstlerischen Neigungen, der ihm versprochen habe, ihm Material zu dieser Frage zu liefern. Er sei nach seinem Gute in

der Nähe von „Scheidemühl“ gereist (alle Franzosen sagen „Scheidemühl“, falls sie nicht den polnischen Namen Pila vorziehen) und habe dort zunächst seine Tochter Gerda kennen gelernt, die ihn sehr gefesselt habe. Sie ist Pazifistin, Demokratin, liebt Haferleber und französische Dichter. Der Vater trägt ihm darauf zwischen musikalischen Darbietungen in langen Gesprächen seine Theorie vor, indem er das Preußentum als den Faktor der Form, des Willens und des Abendlandes dem Deutschtum als den der Unendlichkeit, des Gefühls und des Morgenlandes gegenüberstellt und sich zum Preußentum bekennt. Seine Ausführungen lauten etwa so: Das Preußentum hat nicht gesiegt, das Deutschtum ist eine unheilbare Krankheit: es ist Sehnsucht, asiatische Bewegtheit, der Instinkt der Anarchie und des Aufruhrs. Die Preußen müssen Deutschland auf dem Boden ihrer brutalen Disziplin und der Intelligenz sanieren, Ordnung in sein Gefühl bringen und Stil in seine Kunst. Das Deutschtum ohne Zwang würde sich allen abendlandfeindlichen Rekerereien hingeben. Lafue ist nicht sehr befriedigt. Die Kultur (unter „Kultur“ versteht der Franzose ja gerade die „rohe preußische Gewaltwirtschaft“) ist doch eben Barbarei, und damit hat das Abendland also nichts gewonnen. Aber der Baron läßt sich nicht entmutigen. Er bewundert Frankreich. Dieses hat erklärt, daß der Krieg nur ein stofflicher Vorgang war, der die Grundlagen des Christtums und die tiefen Gesetze der Kunst nicht zu erschüttern vermochte. Die Franzosen beurteilen die Dinge nach wie vor mit Losgelöstheit und Serenität, während bei uns Deutschen die tollsten Neuerungen und Erschütterungen vorfielen, da der Krieg hier ein geistfeindliches Ereignis war. Unser Boden zittert immer unter uns, während euer Fußgestell unerschütterlich ist. Wir suchen immer und ihr sucht nicht mehr. Ihr malt die Fassade manchmal neu an, wir reißen von Zeit zu Zeit alles nieder. Wir müssen jetzt endlich unsere Kultur haben. Das Deutschtum muß nicht nur äußerlich, sondern auch in seiner verworrenen und gequälten Seele diszipliniert werden. Seine Poesie der Flucht und der Unordnung würde gefahrlos; es würde uns erschütternd Heimwehgefühle lehren. Wir aber würden es den Geist des Opfers lehren, und das heißt, Form zu schaffen. In der Tat, sagt Lafue hierzu, obwohl er dauernd ungeneigt und zurückhaltend bleibt, könnte Deutschland beherrscht, begrenzt, geformt, ein schönes Schauspiel bieten. Aber es müßte sich selbst und freiwillig Form geben, denn von der Gewalt unterworfen wäre es wie ein wildes Tier, das seinen Besieger haßt. — Es ist hierzu eigentlich nichts zu sagen; man wird empfinden, wie Wahres und Falsches hier durcheinander gemengt bleiben. Es scheint für den Franzosen schon ein erheblicher Fortschritt, überhaupt eine Zweifelt im deutschen

Wesen wahrzunehmen. Aber er ist noch nicht so weit, diese in ihrer furchtbaren Gegensätzlichkeit zu begreifen, sondern kann sich nur ihre Ueberwindung nach dem Westen hin als sinnvoll vorstellen.

Johanna von Orleans im Film

Man mag darüber nachdenken, ob der Film, diese vielgeschmähte Erfindung eines mechanischen Zeitalters, gut oder böse, Kunst oder Unkunst ist — an dieser „Johanna von Orleans“, die im Walde von Compiègne burgundischen Verrätern in die Hände fiel und von diesen für zwölf-tausend Pfund an die Engländer verkauft wurde, kommt man nicht vorbei. Dieser von einem Dänen gedrehte französische Film, der in England verboten werden soll, offenbart wahrhaft verblüffend, welche ungeheuren Wirkungen dem beweglichen Bild entwachsen können, sofern nur Regisseur und Darsteller geistig und körperlich den Willen zur Konsequenz haben. Man geht mit Bedenken hin; man weiß, es gibt eine Gerichtsverhandlung ohne Ende, eine nichtabreißende Reihe von Großaufnahmen: unablässig das tränenüberströmte Gesicht eines armen, elenden, gefolterten Geschöpfes. Man wehrt sich aus diesen Bedenken heraus die ersten fünf Minuten und — unterliegt dann, gelähmt von der Wucht des sich da oben vollziehenden Schicksals, dem Geschehen der Geschichte, der Legende, der untrüglichen Wahrheit einer Heiligen, die, obwohl sie weder lesen noch schreiben konnte, ihrer Idee treu blieb — bis zum Scheitern. Nicht die heldische Johanna, an der sich Schiller begeisterte, die gepanzert dem französischen Heere vorausschritt und den Sieg verkörperte, nicht die Kämpferin auf dem Schlachtfelde wird sichtbar; nichts als der fünfte Akt einer Tragödie rollt sich ab: hier das Gericht, Erzbischof und Kleriker, selbst dem unerbittlichen Zwang englischer Politik, die ein Exempel statuieren will, ausgeliefert und dienstbar, dort das Mädchen, halb noch ein Kind, das diesen fürchterlichen Apparat scheinbarer Gesetzmäßigkeit überhaupt nicht versteht, doch getragen wird von der Idee, der sie sich, von Gott selbst begnadet, hingab: von der Opferbereitschaft für König und Vaterland. Dieser große Gegensatz wird, technisch fast zu raffiniert, lediglich durch die wechselnde Gegenüberstellung der Physiognomien veranschaulicht, der Vielheit der Richter und der einen Angeklagten. Aber eine unübertreffliche, schlichte schauspielerische Leistung korrigiert immer wieder das Zubiel der Brutalität und des äußeren Effekts; und auch der ganz diesem Effekt unterworfenen Schluß, da das Volk, über den grauenvollen Tod seiner Heldin empört, die englischen Sperrketten durchbricht, erhält seine innere Berechtigung durch die tragische Größe dieses Mädchens. Dieser Film

hat den geschichtlichen Hintergrund wesentlich erfaßt, hat den menschlichen Ewigkeitsgehalt des alten Buches, das, in den Pariser Archiven aufbewahrt, den Hergang des Prozesses von Rouen erzählt, richtig gedeutet. Was war diese Johanna? Eine Besessene? Eine Verrückte? Ein Mensch, in dem göttliche Sendung wirksam wurde, der sich dem Höchsten innerhalb des irdischen Bereiches weihte: dem Vaterland und seiner Freiheit. Ein Mensch, der, sich selber treu, in der Gewißheit der ewigen Seligkeit sterben konnte. — Die „Ufa“ zeigt diesen Film; sie hat, mit Hilfe einer Heiligen, einen Teil ihrer Sünden abgebüßt.

Un den Rand geschrieben

Kameradschaftsehe

Das alte Schlagwort: Die sexuelle Not der Jugend; das neue Schlagwort: Kameradschaftsehe. Kameradschaftsehe aus Amerika importiert, begeistert angepriesen in den Feuilletons der Linkspresse, propagandiert vom Zauberdoctor Magnus Hirschfeld, Kameradschaftsehe die Lösung der sexuellen Not der Jugend. Aber die Jugend hat ein gesunderes Gefühl, als jene, die „ihre Not“ beseitigen wollen. Sie hat das Gefühl dafür, daß Spannungen, die durch die Entwicklung bedingt sind, nicht durch Libertinage — denn weiter nichts ist der Vorschlag der Kameradschaftsehe (gleich Zeitehe) — beseitigt werden können. Der „Bund für Mutterschutz“, die „Gesellschaft für Sexualreform“, beide kommunistisch-sozialistischer Tendenz, veranstalteten im Oktober in Berlin zwei Kundgebungen für die Kameradschaftsehe. Aber die Jugend reagierte sauer, siehe „Bosfische Zeitung“: „Das Thema Kameradschaftsehe mit allem, was damit verbunden ist, ist eines der wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Lösung wird die heranwachsende Generation finden müssen. Ihre Vertreter fehlten bei der stellenweise äußerst heftigen Auseinandersetzung. Das ist bedauerlich, denn sie gerade muß man zuerst hören.“ — Ueber die zweite Versammlung berichtet die „Bosf“ dann: „Die Jugend, um die es sich handelt, war diesmal da, aber was hat sie getan? Sie hat ihre Gegner mit unverdauten Phrasen niedergeschrien. Die Sieg ist zu billig, um echt zu sein.“ — Wie kommt auch die Jugend, die „die Lösung finden muß“ und die „man zuerst zu hören hat“, wie kommt diese Jugend dazu, denen, die ihr das Heil der Kameradschaftsehe predigen, zu widersprechen?!

Geistige Zwangswirtschaft

Wir berichteten seinerzeit über die von dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske, ausgesprochenen Drohungen gegen die Lehrerschaft der höheren

Schulen, die republikanisch zu sein habe oder den Dienst quittieren müsse. Der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Delze hatte den Minister Beder gefragt, ob sich das Staatsministerium dem vom Oberpräsidenten Noske gemachten elementaren Fehler einer Gleichsetzung der derzeitigen Staatsform mit dem Staatsgedanken zu eigen mache. Ein offenes „Ja“ wagte der Minister nicht. Aber durch seine Billigung, die er in der Antwort zum Ausdruck brachte, übernahm er die Noskesche Gleichsetzung von Republikaner und Staatsbürger.

Das Noskesche Beispiel feuert nun auch andere an. In dem „Deutschen Philologenblatt“ verlangt der Kasseler Oberschulrat Dr. Weiters von den Beamtenverbänden, insbesondere vom Philologenverband, die Aufgabe der politischen Neutralität. Da es die Pflicht der Philologen sei, republikanische Menschen zu erziehen, habe auch ihre Organisation republikanisch zu sein. Die Monatschrift „Nationale Erziehung“ schreibt im Anschluß an diese Beispiele der Politisierung in den höheren Schulen Preußens: „Offene Worte, wie sie Noske gesprochen hat, sind gut. Denn sie öffnen manchem von den Allzuvielen, die gern den Kopf in den Sand stecken und meinen, es sei ja alles nicht so schlimm, die Augen... Wir aber wissen, daß wir als Erzieher die Verantwortung für diese Jugend haben. Deshalb setzen wir der amtlichen Zwangsbewirtschaftung der Geister die Kraft des eigenen Gewissens entgegen. Wir werden die Jugend lehren und leiten, wie es uns unser Gewissen vorschreibt. Daran soll uns keine Drohung eines Oberpräsidenten oder Ministers hindern. Aber wir werden auch außerhalb unseres Amtes rastlos arbeiten an der Errettung Preußens und Deutschlands von einer undeutschen Diktatur. Denn es geht um die geistige und seelische Freiheit unseres Volkes!“

Immer noch Fürstenheze

Die Fürstenheze ist wieder mehr denn je im Schwange. Die „Welt am Abend“ kann sich darin nicht genug tun. In ihrer Nummer vom 20. d. M. bringt sie einen Artikel „Fürst Salm als Berschwender“, in dem sie das würdelose Benehmen eines längst Entgleisten in einer Bar des Berliner Westens zu einer Heze gegen die Hohenzollern, sowie gegen die mediatisierten Standesherrn im preussischen Gebiet und deren Abfindung durch den preussischen Staat ausschlächtet. Dabei kommt es ihr natürlich nicht darauf an, Personen, Namen und Tatsachen in gänzlich irreführender Weise bunt durcheinander zu werfen. Einen Fürsten „Ludwig Salm“ gibt es nicht. In der ganzen fürstlichen Familie Salm gibt es niemand, der diesen Vornamen trägt. Es kann sich nur um einen Grafen Ludwig von Salm-Hogstraten handeln, der niemals standesherrliche Rechte besessen hat,

folglich auch nie dafür entschädigt worden ist. Von Hause hat er so gut wie keinen roten Heller, sein Geld ist vielmehr ausschließlich amerikanischer Herkunft. Daß er es in Berlin unter die Leute bringt, bedeutet daher kaum eine Schädigung des preussischen Staates und Volkes.

Georg Büchner redivivus

Auch Herr Eugen Klöpfer hat sich bemüht gefühlt, sich an der Fürstenhege zu beteiligen. Am Abend des Bußtages strömten viele Hunderte zum Marmorsaal am Zoo in Berlin, um das Sonnenlied des heiligen Franz von Assisi, Hölderlinsche Hymnen, Marc Anton's Leichenrede auf Julius Cäsar und Cicero's katilinarische Rede zu hören. Letztere vorgetragen von Eugen Klöpfer, als einzige Nummer dieses Vortragskünstlers. Alles, was die weihevolle Stimmung des Bußtags stören konnte, war an diesem Abend ausgeschlossen. So sagt wenigstens die Polizeiverordnung für Theater, Konzertsäle und öffentliche Lokale. — Aber Marcus Tullius kam nicht zu Worte. Statt der berühmten Rede des römischen Ritters gegen den Verschwörer Catilina schmetterte Herr Klöpfer Georg Büchners, von Klassenhaß glühende Rede wider die deutschen Fürsten vom Jahre 1834 in den Saal, strohend von unerhörten Beleidigungen und Verleumdungen gegen die Fürsten überhaupt und gegen das Großherzogliche Haus von Hessen-Darmstadt im besonderen. Ehe die überraschten und betrogenen Zuhörer sich klar bewußt wurden, welche infamer Vergewaltigung ihrer Gefühle sie hier plötzlich ausgesetzt waren, hatte Herr Klöpfer-Büchner bereits den übelsten Schmutz fanatischer Demagogie in rasendem Tempo über sie ergossen. Pfeifrufe unterbrachen die Rede und ein Teil der Zuhörer verließ demonstrativ den Saal. Wir aber fragen: Was sagt der Herr Kultusminister — oder wer immer für die öffentliche Ordnung und die würdige Feier des Buß- und Bettages verantwortlich ist — zu solch einer skandalösen Profanierung des Tages durch Aufreizung zum Klassenkampf unter der Maske einer literarischen Veranstaltung?! Oder gehört auch dies vielleicht zum System der Beder'schen Kulturpolitik?

Tschechisch-französische Propagandaaarbeit in Oesterreich und Mitteleuropa

Durch die Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß der tschechische Minister Bensch auf dem Wege über den Präsidenten Sieghard von der Bodenkreditanstalt in Wien einen großen Teil der österreichischen Presse in die Hand bekommen habe und daß die Bodenkreditanstalt auch nach der französischen Seite hin Transaktionen vorgenommen habe, die darauf hinauslaufen, daß die Anstalt einen Teil der Berg- und Hüttenaktien an eine französische Interessentengruppe dieses Unternehmens abgab,

die ihrerseits wiederum diese Aktien an die tschechische Interessentengruppe überführte. Durch diese Transaktion erhält die Bodenkreditanstalt liquide Mittel und die tschechische Finanzpolitik eine Stärkung ihres Einflusses auf eine wichtige heimische Industrie.

Ergänzend hierzu kann noch folgendes mitgeteilt werden: es war seit langem bekannt, daß die gesamte österreichische große Presse stark notleidend war, und daß man nicht recht wußte, aus welchen Mitteln sie sich immer wieder über Wasser hielt. Schließlich stellte sich heraus, daß die österreichischen Annoncen-Agenturen durch Unterstützungen einen starken Einfluß auf die verschiedenen Blätter gewonnen hatten. Diese Annoncen-Agenturen, ausgenommen die „Ala“ und Mofse, schlossen sich dann zu einem Ring zusammen, hinter dem der erwähnte Präsident Sieghard stand, der nunmehr auf diesem Wege Einfluß auf eine große Anzahl von Zeitungen erhielt. Es waren die Blätter des Stehrermühl-Konzernes, (Neues Wiener Tageblatt, „Neues Wiener Abendblatt“, Wochenausgabe des „Neuen Wiener Tageblatts“, „Sporttageblatt“ und „Dester. Volkszeitung“, große und kleine). Ferner sind zu nennen der „Tag“, „Die Stunde“, „Die Börse“. Endlich sind in die gleiche Abhängigkeit auch die Blätter des Elbmühl-Konzernes geraten, die durchweg weit links stehen und auch wohl von der roten Wiener Stadtverwaltung subventioniert werden. Die tschechischen Beteiligungen an diesen Blättern laufen über den Orbis-Verlag, der offiziell von der tschechischen Regierung gestützt wird und der, wie bekannt, einen Nachrichtendienst mit besonderer Ausgestaltung des Balkendienstes auch in Wien einrichten wird. Dieser Verlag hat kürzlich auch Verhandlungen mit der „Neuen Freien Presse“ angeknüpft, um dieses Blatt dem Konzern einzuverleiben. Wie verlautet haben sich aber diese Verhandlungen wegen des geradezu katastrophalen finanziellen Standes des Blattes zerschlagen. Drei Tatsachen sind an diesen Erscheinungen interessant: einmal die außerordentlich schwere finanzielle Krise, in der sich die österreichischen Zeitungen befunden haben und zum Teil noch befinden, ferner der überwiegende Einfluß, den durch die oben erwähnten Verbindungen die tschechisch-französische Politik auf die öffentliche Meinung Oesterreichs in Zukunft ausüben wird und endlich der Umstand, daß die österreichische Regierung und Herr Seipel ihren bestimmenden Einfluß auf die österreichische öffentliche Meinung weitgehend verloren haben. Es ist also an der Zeit, daß man auch von deutscher Seite an dieser außerordentlich schwerwiegenden Entwicklung tätiges Interesse nimmt.

Briefwechsel

Dr. Kurt Hiller, Berlin, schickt dem „Ring“, der gleichzeitig mit uns eine Glosse über die von Hiller vermischten Paragraphen brachte, eine Berichtigung. Mit dem allergrößten Vergnügen wollen auch wir darauf hinweisen, daß Herr Hiller Wert auf die Feststellung legt, er habe stets die Meinung vertreten, „daß die Bestimmungen über Landesverrat, sowohl die des geltenden Strafrechts wie die neuen dieser Materie gewidmeten Paragraphen des Entwurfs, in verschiedenen Hinsichten abgeändert werden müssen, daß aber der Landesverrat grundsätzlich als strafbarer Tatbestand beizubehalten ist.“ Wir sind nur neugierig, ob diese „Abänderungen“ von jenen Gesichtspunkten bestimmt sein sollen, um derentwillen Hiller Zuchthausstrafe für Deutsche verlangt, die ausländischen Staaten den Krieg erklären oder an ihm teilnehmen und Gefängnisstrafe für solche, die die allgemeine Wehrpflicht für den Kriegsfall fordern.

Hartmut Plaas: Sie sind — laut Notiz im Vormarsch — „als Glied des Ehrhardt-Kreises über die Wege, die von Hugenberg über die Stahlhelmleitung zum Zentrum führen besonders gut unterrichtet“. Ihr Artikel „Hugenberg—Luther—Brauweiler—Plaas“ im selben Vormarsch-Heft beweist, soweit er Tatsachen zu berichten vorgibt, daß Sie sogar „besser“ unterrichtet sind als die Beteiligten selbst, die höchst erstaunt sein werden über die fabelhafte „nationalreaktionäre“ Front, die sie da gebildet haben. Daß der Stahlhelm „durch den Kurs seiner Zeitung selbst zu einem Bestandteil des bürgerlichen Parlamentarismus geworden“ sei, daß die soziale Reaktion sich mit der Kultur-Reaktion des Zentrums zur Bildung einer Kaiserpartei zusammenschließen wolle, das ist, mit Verlaub, unfruchtbarstes Bierischgequatsche, das, wenn er schon von einem „Glied des Ehrhardt-Kreises“ (über den man in den letzten Jahren verlernt hat sich zu wundern) verzapft werden muß, jedenfalls nicht im Vormarsch verzapft werden sollte, in dem in den vergangenen Monaten eine erfreuliche Wendung zur Sachlichkeit festzustellen war. Kritik ist notwendig, aber sie ist nützlich nur, solange sie an Tatbeständen geübt wird, nicht jedoch an Kombinationen, die so unseriös sind, wie die Ihren. Was Sie hier an den Tag legen, ist nicht „national-revolutionäre Haltung“, sondern einfach das Bedürfnis zu stänkern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Schröder, Berlin W 8, Pariser Platz 3. — Verlag Schriftenvertrieb des Ringes (Heinrich v. Gleichen), Berlin W 8, Pariser Platz 3. — Druck: Industrie- u. Handels-Druckerei, Hermann Scharf, Berlin SO 36.

Der Ring

Wochenschrift für Politik

Herausgeber: Heinrich von Gleichen

Schriftleiter: Friedrich Vorwerk

„Der Ring“ ist das führende Organ einer überparteilichen konservativen Politik, die die Gegenwartsprobleme mit geistiger Initiative angreift. In grundsätzlichen Aufsätzen wird Stellung genommen zu den Zeitereignissen und zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen. Damit sollen die geistigen Kräfte der führenden Oberschicht politisch aktiviert werden auch zu dem verfassungspolitischen Ziel: die Unabhängigkeit der Staatsführung von Massenherrschaft wieder herzustellen.

Preis des Einzelheftes RM 1.—

Monatsbezug RM 4.—

Durch Buchhandel und Post zu beziehen
Probehefte vom

Schriftenvertrieb des Ringes
Berlin W 8, Pariser Platz 3

Werben

Sie für das

GEWISSEN

Zu beziehen durch jede Postanstalt und im
Buchhandel

Probenummern durch den Verlag
Bezugsbedingungen monatlich

1.— RM

Jungkonservativer Klub

Dienstag, den 4. Dezember 1928

Keine Veranstaltung